

reden zur zeit

21

FRITZ SCHENK

**DEMOKRATISCHER
SOZIALISMUS –
DIE GEFÄHRRLICHE
UTOPIE**

**verlag
johann wilhelm naumann**

Herausgegeben
vom Institut
für Demokratieforschung Würzburg

Band 21

Fritz Schenk

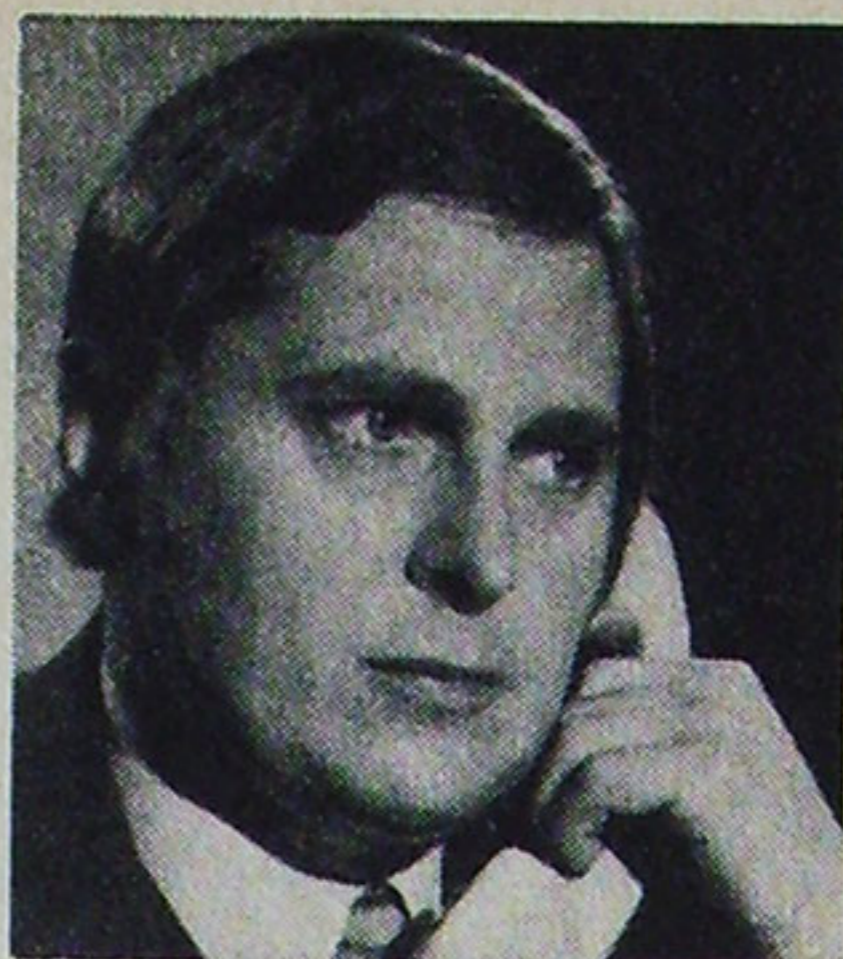
Demokratischer Sozialismus —
die gefährliche Utopie

Verlag

Johann Wilhelm Naumann

Der Autor

Fritz S c h e n k , Jahrgang 1930, geboren und aufgewachsen in der Nähe von Halle/Saale, hat die Entwicklung im Osten an bevorzugter Stelle miterlebt. Als ehemaliger Sekretär der Plankommission, des Obersten Wirtschaftsrates und des Verbindungsbüros der DDR zum Comecon



(dem östlichen Gegenpol zur Europäischen Gemeinschaft) hatte er bis 1957 nicht nur Einblick in den Entscheidungsprozeß der kommunistischen Politik, sondern er kennt auch dessen maßgebende Akteure: Kossygin, Stoph, Honecker, Sindermann u. v. a.

Als Sozialdemokrat 1946 in die SED übernommen, schloß er sich nach seiner Flucht 1958 wieder der SPD an, kehrte ihr jedoch 1973 aus Protest gegen die Ost- und Deutschlandpolitik, sowie wegen des allgemeinen Linkskurses den Rücken. Durch Bücher (u. a. „Im Vorzimmer der Diktatur“), Fernsehsendungen (u. a. „Ost und West“) und als zweiter Moderator des „ZDF Magazin“ hat er sich als kritischer Beobachter des Zeitgeschehens ausgewiesen.

Der Anlaß

Diese Rede hat der Autor auf der Altenkirchener Konferenz des Instituts für Demokratieforschung e. V. am 15. April 1978 gehalten.

Nicht erst der Bundestagswahlkampf 1976, den die Unionsparteien unter der Losung „Freiheit oder/statt Sozialismus“ geführt hatten, rückte den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ wieder in den Vordergrund. Es war vielmehr der „Prager Frühling“, der mit der Wahl Alexander Dubceks zum 1. Sekretär der KPC am 5. Januar 1968 begann. Und dieser „Prager Frühling“ wiederum gewann seine besondere Bedeutung und Ausstrahlung auch nicht nur für und auf den Ostblock. Er war vielmehr ein Signal für die vielen „Möchtegern-Sozialisten“ im Westen (die, durch das abschreckende Beispiel des Stalinismus geschockt, jahrelang ihre wirklichen Meinungen unterdrückt und statt vom „Sozialismus“ von der „sozialen Demokratie“ gesprochen hatten), um wieder die Schallmeien des „Sozialismus“ zu blasen.

Besonders auffällig war dieser Wandel zum Spät-Marxismus bei den deutschen Sozialdemokraten. Sie hatten in der Dekade zwischen 1958 und 1968 (nach der schlimmen Wahlniederlage von 1957, bei der die SPD nur 31,8 Prozent der Stimmen, die CDU/CSU jedoch die absolute Mehrheit errang) mit der Verabschiedung des Godesberger Programms (1959), dem Einschwenken auf Adenauers West-Politik (Wehners Bundestagsrede Juni 1960) und der Wahl des sozialen Marktwirtschaftlers Karl Schiller zum wirtschaftspolitischen Sprecher der Partei (1965) den Anschein erweckt, als stehe der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ nur noch als aus der langen Parteigeschichte überkommener Erinnerungsbegriff im Programm.

Nachdem sie jedoch — nicht zuletzt dank ihres taktischen Konzepts — 1966 in der Großen Koalition an der Regierungsverantwortung beteiligt (und damit sozusagen „salon“- und regierungsfähig gemacht) worden waren, verlagerte sich der Schwerpunkt bei Debatten über die Standortbestimmung der SPD wieder stärker vom Begriff der „sozialen Demokratie“ auf den des „demokratischen Sozialismus“. Und mit den Bundestagswahlen von 1969 und 1972 bemühte sich der linke SPD-Flügel, unterstützt von der Vorstandsmehrheit um Willy Brandt sowie den Hilfstuppen des DGB, den „demokratischen Sozialismus“ als die große Al-

ternative zur CDU/CSU und zugleich als „dritten Weg“ zwischen „Kapitalismus“ und „bürokratischem Sozialismus/Kommunismus“ zu propagieren.

Seitdem macht wieder ein Mythos die Runde: das Schlagwort vom „demokratischen Sozialismus“ als dem erlösenden „dritten Weg“.

Darunter verstehen seine Verfechter ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das gewissermaßen das Nonplus-Ultra aller menschlichen Ordnung sein soll: ein Mittelding zwischen der ersten und ältesten Ordnung des Industriezeitalters, dem „Kapitalismus“ — und der von Marx prophezeiten und von Lenin und Stalin zuerst in Rußland entwickelten zweiten Industriegesellschaft, dem „Sozialismus“. Der zwischen beiden liegende „dritte Weg“ des „demokratischen Sozialismus“ soll zu einem Gesellschaftssystem führen, das nur die Vorzüge von „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ vereint und dabei gleichzeitig alle Fehler der beiden bekannten Ordnungen ausmerzt. Grob verkürzt soll dies heißen, das „Gemeineigentum“ des Ostens mit den vielfältigen Freiheiten des Westens zu verbinden — ausgenommen natürlich die Freiheit, privates Eigentum an Produktionsmitteln zu besitzen und zu erwerben.

Für denjenigen, der sich mit Theorie und Praxis der volkswirtschaftlichen und politischen Ordnungssysteme des Industriezeitalters befaßt, ist es nicht verwunderlich, daß die Debatten über den „demokratischen Sozialismus“ gerade zu Beginn der 70er Jahre wieder auflebten:

Es hat den Anschein, daß sie sowohl generationsgebunden sind, als auch vom Auf und Ab des Wirtschaftsgeschehens beeinflußt werden. Nachweisbar nehmen diese Ideologien zu, wenn sowohl „Kapitalismus“ wie „Sozialismus“ in Schwierigkeiten stecken — und sie nehmen jeweils dort wieder ab, wo alles „zu klappen“ scheint.

Im Grunde sind die Debatten über den „demokratischen Sozialismus“ so alt wie die Industriegesellschaft selbst. Nach der „reinen Lehre“ des Urvaters Marx hätte der Disput eigentlich gar nicht entbrennen dürfen. Denn der von Marx und Engels erträumte „Sozialismus“ sollte ja durch die Beseitigung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln sowie

an Grund und Boden auch und gerade zu einem Höchstmaß an Freiheit führen. Daß Ordnungen ohne größtmögliche menschliche Freiheiten überhaupt den Namen „sozialistisch“ tragen könnten, lag nicht im mindesten im Vorstellungsbereich der Altväter des irdischen Heils. Beide haben an ungezählten Stellen ihrer Schriften immer wieder betont, daß die „Übergangsphase“ vom Kapitalismus zum Sozialismus (die sie sich als eine sehr kurze vorstellten) keinesfalls schon den Namen „Sozialismus“ tragen dürfe, sondern „Diktatur des Proletariats“ zu nennen sei. Doch noch ehe es überhaupt zum ersten praktischen Versuch mit dem Sozialismus kam, entbrannte unter den Erben von Marx und Engels der Streit — und zwar sowohl darüber, wie man zum Sozialismus kommen solle (ob auf revolutionärem oder auf reformerischem Wege), und wie das am Ende auszusehen habe, was den Namen „Sozialismus“ verdiene. Karl Kautsky (als Repräsentant des revolutionären Flügels) und Eduard Bernstein (als bekanntester Vertreter der Reformisten) stehen für die vielen Namen und Gruppen der in sich gespaltenen sozialistischen Bewegung um die Jahrhundertwende. Und der Streit führte schließlich zu Beginn unseres Jahrhunderts auch zur organisatorischen Spaltung des marxistischen Lagers in Sozialisten und Kommunisten.

Bis in die jüngere Zeit waren beide Lager jeweils im wesentlichen identisch mit „Reformern“ und „Revolutionären“. Die Sozialisten konnten den Reformern, die Kommunisten den Revolutionären zugerechnet werden. Seit Stalins Tod (1953), der „Entstalinisierung“ durch Chruschtschow (1956), dem Konflikt zwischen Moskau und Peking (Anfang der 60er Jahre) und dem Zerfall der „monolithischen“ kommunistischen Weltbewegung seit 1956 sind jedoch die Grenzen fließend. Es gibt heute sozialistische Parteien (und in vielen sozialistischen Parteien radikale Flügel), die revolutionäre Wege ansteuern. Und es gibt kommunistische Parteien (und in einigen davon gemäßigte Flügel), die unter dem Zwang der Verhältnisse sich von revolutionären Parteien zu Protestparteien entwickeln wie die KPI oder die spanischen Kommunisten, und die als solche vorgeben, sie würden die Macht auf evolutionärem Wege anstre-

ben, wobei offenbleibt, was sie unter für sie günstigeren Bedingungen als den heutigen tun würden oder werden.

Nahtstelle und ideologischer Berührungspunkt zwischen Sozialisten und Kommunisten — in der jüngeren Generation stehen heute an dieser sogar nicht unbeträchtlichen Gruppen liberaler und christlich-demokratischer Kreise — sind gegenwärtig die Theorien über den „dritten Weg“ des „demokratischen Sozialismus“. Dabei gehen die Anhänger dieser Theorien davon aus, daß es sich bei den Gesellschaftsordnungen des parlamentarisch-demokratischen Westens nach wie vor um „Kapitalismus“ im Sinne der Kapitalismuskritik des vorigen Jahrhunderts handle. Und sie betrachten die Systeme der kommunistisch regierten Welt als „sozialistisch“, wobei sie konzedieren, daß diesem „Sozialismus“ (im Sinne der „reinen Lehre“ von Marx und Engels) die Freiheit fehlt, und den sie etwas beschönigend „bürokratischen Sozialismus“ nennen.

Die Verfechter des „demokratischen Sozialismus“ sind (mit Einschränkungen) auch Anhänger der sogenannten Konvergenztheorie. Diese geht davon aus, daß die moderne Technik (die zweite industrielle Revolution) mehr oder weniger automatisch zu einer Angleichung der Systeme führe. Nach der Konvergenztheorie soll es die moderne Technologie zwangsläufig mit sich bringen, daß der westliche „Kapitalismus“ (durch immer mehr staatliche Planung und ständig steigenden Anteil des Staates am Wirtschaftsgeschehen) zunehmend „sozialistischer“ werde — während die gleichen technologischen Vorgänge im „sozialistischen Lager“ ebenso zwangsläufig zu mehr „Liberalisierung“ führen. Beide Systemmodelle sollen sich an irgendeinem „Punkt X“ gleichen technologischen und produktiven Standes treffen müssen. Auf jeden Fall soll das Endprodukt des „dritten Weges“ ein „demokratischer Sozialismus“ sein — eine geplante Marktwirtschaft mit vorrangigem Gemeineigentum an Produktionsmitteln bei einem Höchstmaß an bürgerlichen Freiheiten für den einzelnen.

An dieser Stelle ist ein Hinweis notwendig: Um diese klare Aussage drücken sich die SPD und einige gemäßigt sozialdemokratische Parteien

des Westens herum. Sie halten den Begriff „Sozialismus“ bewußt schillernd, weil sie wissen, daß die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf die Masse der Wähler abschreckend wirkt. Und es ist an dieser Stelle zusätzlich der Hinweis notwendig, daß es das Ver säumnis des konservativen westlichen Lagers ist, die Sozialisten nicht zur Klarheit gezwungen zu haben. Sie gestatten den Sozialdemokraten, ihre gegenwärtige Politik schon „demokratischen Sozialismus“ zu nennen und damit mit dem Sozialismus-Begriff eine irreführende Politik zu treiben. Wenn jedoch unsere Sprache noch einen Sinn hat und wenn den Sozialdemokraten nicht erlaubt werden kann, feststehenden Begriffen (je nach Bedarf) mal diese und mal jene Bedeutung zu geben, dann ist unter „Sozialismus“ (nach allen Lexika!) eine Gesellschaftsordnung zu verstehen, in der vorrangig Gemeineigentum an Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden besteht. Die Praxis der Bundesrepublik Deutschland ist daher nicht sozialistisch, sondern die einer sozial verfaßten Demokratie. Die SPD müßte also Farbe bekennen: will sie diese sozial verfaßte Demokratie nur reformerisch weiterentwickeln — dann muß sie das Trugwort vom „demokratischen Sozialismus“ aus Programm und taktischem Sprachgebrauch streichen! Oder: will sie den „demokratischen Sozialismus“ — dann muß sie offen sagen wie, in welchem Umfang, zu welchen Bedingungen, in welchen Zeiträumen usw. sie das private Eigentum an Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden beseitigen will.

Erst wenn die Auseinandersetzung über „Freiheit oder/statt Sozialismus“ aus dem Oberflächlichen heraus-, auf das Grundsätzliche zurückgeführt und zur prinzipiellen Dauerauseinandersetzung gemacht wird, können die Unionsparteien deutlich machen, daß sie allein die Parteien der liberalen Mitte sind — und nicht sie, sondern die „demokratischen Sozialisten“ nach einer Alternative suchen müssen.

Dies würde die politische Auseinandersetzung auch wieder zur Realität zurückführen, was hieße, daß man die bestehenden „sozialistisch-kommunistischen“ Gesellschaftsordnungen auf Hintergründe und Gesetzmä-

Bigkeiten untersucht, die zu dem allseits verurteilten bürokratischen Totalitarismus geführt haben. Bei auch nur einigermaßen objektiver Betrachtung der Entwicklung von „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ (allein in den vergangenen dreißig Jahren) hat die Geschichte ihr Urteil im Grunde längst gesprochen: Der „Kapitalismus“ hat für jedermann sichtbar und spürbar bewiesen, daß er die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in rein materieller Hinsicht weitaus besser zu realisieren vermag als der „Sozialismus“, und daß er dazu auch noch all die vielen bürgerlichen Freiheiten garantiert, von denen die Bürger im „Sozialismus“ nur träumen können, über die sie nicht einmal laut reden dürfen, und die zu fordern sie auch noch den Rest an menschlichen Freiheiten kosten würde.

Es kommt hinzu, daß auch im „Kapitalismus“ für jedermann sichtbare Differenzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen Absicht und Realität am deutlichsten gerade dort zu registrieren sind, wo der Staat selbst entweder das Monopol oder zumindest die Prioritäten beansprucht: im kulturellen Bereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei Verkehr und Post, bei allen öffentlichen Dienstleistungen — ganz zu schweigen von den öffentlichen Finanzen und den staatlich verfaßten Prognosen für Wirtschaft und Gesellschaft — überall dort gibt es allzuoft Irrtümer und Fehlleistungen. Woher also entspringen Glaube und Hoffnung, daß der „dritte Weg“ des „demokratischen Sozialismus“ alles besser, leichter, gerechter, reibungsloser zu ordnen und zu regeln vermöge als die bestehenden parlamentarisch verfaßten Rechts- und Gesellschaftsordnungen der sozialen Demokratie?

Außer in der Faszination, die von den moralischen Postulaten des Marxismus ausgeht (gleiche Chancen für alle, Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Beseitigung ererbter Privilegien, usw.), wurzelt die Marxismus-Schwärmerei in erster Linie im Unwissen über Marx sowie in der Blindheit für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Realitäten und Vorgänge.

Folgt man Marx und Engels in ihren moralischen Ansprüchen, wonach

die „bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft“ zur „Entfremdung“ und schließlich zur „Entmenschlichung“ des Menschen führt, und will man diesen (so gesehenen) Zustand beseitigen (und nicht nur retuschieren!), dann muß man den Urvätern des Sozialismus auch in all ihren Konsequenzen folgen. Dann hat die „neue Gesellschaft“ die totale „Negation“ (Aufhebung) aller bisherigen Ordnungen zu sein. Das aber heißt: nicht „Vergesellschaftung“ des Eigentums, sondern Aufhebung; nicht „Sieg“ einer Klasse über die andere, sondern Aufhebung aller Klassen; nicht Nivellierung der Unterschiede zwischen Stadt und Land, sondern Aufhebung aller Unterschiede und vor allem (was in seiner Bedeutung und praktischen Konsequenz total außer acht gelassen wird):

Aufhebung aller Arbeitsteilung und aller sonstigen Merkmale der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wie: Warenproduktion, Geld und berufliche Schranken! Nur so — und das war schließlich der von Marx und Engels angestrebte (vorläufige) Endzustand einer menschlichen Gesellschaft — sei das Absterben der Staaten, aller öffentlichen Gewalt und eine grenzenlose menschliche Weltgemeinschaft zu erreichen.

Wer sich an dieser Stelle fragt, wie denn dies „machbar“ sein soll, denkt völlig „unmarxistisch“. Denn nach Marx kann kein „Sozialismus“ „gemacht“ oder „aufgebaut“ oder „errichtet“ werden. Nach Marx kommt es geschichtsnotwendig, ob wir wollen oder nicht! Und zwar nur so, wie er ihn erdacht hatte: als totale Umkehrung aller bisherigen Ordnungen und Abläufe.

Dieser Geschichtsdeterminismus löste noch zu Marx' Lebzeiten (und zunehmend unter seinen nachwachsenden Anhängern in der sozialistischen Bewegung) Kritik, Widerspruch und Gegentheorien aus. Dabei ist interessant, daß ausgerechnet diejenigen „Marxisten“ den größten Erfolg hatten (und weiterhin haben), die entweder nur den halben Marx reklamieren (Gemeineigentum) oder ihn gar (wie Lenin und die russischen Bolschewiki) völlig auf den Kopf stellen. Denn: der Trick des Leninismus,

— mit der sozialistischen Revolution nicht in den fortgeschrittensten

kapitalistischen Staaten, sondern in den rückständigen zu beginnen (Theorie vom „schwächsten Kettenglied“);

— den Sozialismus nicht durch eine Arbeiterrevolution einfach „erscheinen“ zu lassen, sondern ihn von einer Partei-Elite mit Bauern „aufzubauen“;

— das Eigentum nicht aufzuheben, sondern zu verstaatlichen;

— nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern eine über das Proletariat zu errichten;

— nicht alle staatliche Gewalt abzuschaffen, sondern die allmächtigste aller Staatsgewalten zu errichten;

— nicht alle Schranken und Grenzen der überlieferten Ordnung aufzuheben, sondern sie zu zementieren und ihnen immer neue hinzuzufügen . . .

. . . dies alles verhält sich zum Marxismus so wie die Himmelskunde zur Meeresforschung.

Jedoch: So unmarxistisch der Leninismus auch ist — er kam für die Mächtigen-Marxisten wie eine Offenbarung. Denn er befreite sie endlich vom mehr oder weniger ohnmächtigen Warten auf den vermeintlich unabwendbaren Lauf der Geschichte und gab ihnen das Rüstzeug zum Handeln. Der „Sozialismus“ wurde „machbar“!

Der im Verlauf unseres Jahrhunderts so (unmarxistisch) „gemachte“ Sozialismus hat verschiedene Modelle hervorgebracht, die die Verfechter des „demokratischen Sozialismus“ nicht befriedigen. Deshalb verfangen bei ihnen konkrete Beispiele, Fakten, Daten, Zustandsbeschreibungen, Ergebnisse, Hinweise auf und aus sozialistischen Systemen nicht. Stereotyp wird gekontert, daß man „diesen“ Sozialismus ja nicht wolle, sondern einen ganz anderen — eben den „demokratischen“.

Dabei liefert gerade die genaue Kenntnis der sozialistischen Praxis den Wissensfundus für die Enttarnung der „Dritter-Weg-Ideologie“ als gefährliche Utopie. Doch hier liegt (neben den moralisierenden Postulaten des Marxismus) die zweite Ursache für die „Renaissance“ des „demokratischen Sozialismus“. Die Entspannungseuphorie hat nämlich im Westen

dazu geführt, daß nicht nur die ideologische Auseinandersetzung mit dem regierenden Sozialismus so gut wie verschwunden ist — viel schlimmer noch ist die Tatsache, daß die Ostforschung mehr und mehr vernachlässigt wird. Schließlich kommt hinzu, daß die konzertierte Linke alle Ergebnisse kritischer Ostforschung sofort als „Kalten Krieg“ diffamiert, sich Behörden und staatliche Bildungsträger von solcher Diffamierung beeinflussen lassen und die Verbreitung der Ergebnisse kritischer Ostforschung so gut wie eingestellt haben. An ihre Stelle treten nun immer mehr den „realen Sozialismus“ beschönigende Publikationen, weil sich die Entspannungseuphoriker davon milderem Wind aus dem Osten versprechen. So wird die linke Kapitalismuskritik (auch von potenten Vertretern bzw. Gruppen bürgerlicher Parteien) weitestgehend übernommen oder bleibt zumindest unwidersprochen, während es dezidierte, wissenschaftliche Sozialismuskritik kaum noch gibt. Die sozialistische Praxis liefert bereits ausreichende Beweise dafür, daß die Idee vom „demokratischen Sozialismus“ bzw. vom „dritten Weg“ Utopie ist. An erster Stelle ist dabei die Unvereinbarkeit von Freiheit und Sozialismus zu nennen: Wer nämlich Sozialismus will, muß mit einer wesentlichen Freiheitsbeschränkung gegenüber unserer jetzigen Ordnung beginnen: Er muß die Freiheit, Produktionsmittel sowie Grund und Boden zu besitzen, beseitigen. (Dabei ist zunächst unwichtig, ob das zu schaffende Gemeineigentum auf dem Wege der Entschädigung oder entschädigungslos entsteht.) Diese erste Freiheitsbeschränkung muß zwangsläufig eine zweite nach sich ziehen: Um nämlich zu verhindern, daß sich erneut privates Eigentum bildet, müssen logischerweise Produktionsmittel sowie Grund und Boden bewirtschaftet werden. Dies jedoch bedeutet die dauernde Einschränkung der vielfältigen Freiheiten des Marktes und führt schon deshalb den Begriff „sozialistische Marktwirtschaft“ (die der „demokratische Sozialismus“ im Gegensatz zur östlichen sozialistischen Planwirtschaft hervorbringen soll) ad absurdum.

Daraus müßte sich — wiederum zwangsläufig — die dritte Freiheitsbeschränkung ergeben: Um nämlich zu verhindern, daß die Interessen-

ten an Privateigentum mit ihrem Geld in „kapitalistisches Ausland“ abwandern, muß der private internationale Kapitalverkehr gestoppt werden. Das heißt, daß zur Bewirtschaftung von Produktionsmitteln, Grund und Boden die Devisen- und Auslands-Kapitalbewirtschaftung hinzutreten müßte.

Diese Überlegungen werden von den „demokratischen“ Sozialisten auch gar nicht in Abrede gestellt. Im Gegenteil: Sie sind Grundelemente der Forderungen des linken SPD- und Gewerkschaftsflügels und werden dagegen aufgewogen, daß unsere jetzige privatwirtschaftliche Ordnung ja die von den Linken bekämpfte Freiheit einschließt, daß Menschen von Menschen „ausgebeutet“ werden. Um also die „Freiheit der Ausbeutung“ zu beseitigen, ist man gewillt, die mit dem Privateigentum zusammenhängenden Freiheiten zu liquidieren.

Der Dissens zwischen Gegnern und Befürwortern des Sozialismus liegt daher in den Überlegungen, die über die Beseitigung des Privateigentums hinausgehen und der Frage nachspüren, ob das Gemeineigentum denn auch demokratisch verwaltet werden kann. Das nämlich würde ja erst den „demokratischen“ von dem uns bekannten bürokratischen Sozialismus östlicher Prägung unterscheiden.

Hier nun lehrt die Erfahrung, daß der Sozialismus, wo immer er versucht wurde, im bürokratischen Dirigismus endete und enden muß. Ob die in Gemeineigentum überführten Produktionsmittel zentral verwaltet und geleitet werden (wie im sowjetischen Machtbereich) oder durch sogenannte Arbeiterräte (wie in Jugoslawien) — in jedem Fall sind zusätzliche gesellschaftliche oder staatliche Instanzen für die Überwachung dieses Gemeineigentums notwendig, und fortdauernd müssen Versuche, privaten Nutzen aus diesem Gemeineigentum zu schlagen, durch den Staat gehandelt werden.

Die genannten Faktoren eins und zwei (Freiheitsbeschränkung und staatliche Überwachung) ziehen nämlich zwangsläufig den dritten Pferdefuß nach sich: das Absterben der individuellen Initiative. Dies geschieht aus zwei Gründen: Einmal, weil die Grenzen zwischen individueller In-

initiative und dem Verdacht, privaten Nutzen aus dem Gemeineigentum ziehen zu wollen, fließend und daher schwer zu ziehen sind; zum anderen, weil das staatliche Reglement (zumindest in der Anfangsphase des Sozialismus) die Initiativen an sich zieht, zentralisiert und damit die individuellen Initiativen zwangsläufig erstickt.

Daraus ergibt sich der vierte Faktor: Mit Übernahme des Eigentums und der Initiativen zieht der Staat auch die Risiken des Wirtschaftens auf sich. Wo niemand mehr privaten Nutzen aus dem Wirtschaftsgeschehen ziehen kann, fehlen objektiv auch die Mittel für die Privatisierung von Risiken und Verlusten. Und dies führt schließlich zur fünften Dauerkrankheit des Sozialismus: der staatlichen Planwirtschaft. Hat der Staat erst einmal Macht, Eigentum, Initiativen und Risiken an sich gezogen, dann kann er nur noch planwirtschaftlich verwalten.

Faktor sechs: der Kollektivismus braucht nur noch der Vollständigkeit halber erwähnt zu werden. Um nicht auch noch des demokratischen Mäntelchens verlustig zu gehen, werden von Zeit zu Zeit Betriebskollektive aufgeboten, um längst gefällten Entscheidungen zu applaudieren und jene zu verurteilen, die in den Freiheiten des „Kapitalismus“ das Optimum an staatsbürgerlichen Freiheiten erkennen, das bisher noch von keiner anderen Gesellschaftsordnung übertroffen wurde.

Die bestehenden Sozialismusmodelle unserer Zeit entstanden in unterschiedlichen Etappen:

Die nach sowjetischem Muster wurden (historisch gesehen) über Nacht geschaffen, das heißt, in atemberaubend kurzer Zeit riß der Staat das Eigentum an sich und entwickelte sein zentralistisches Planwirtschaftssystem. Das jugoslawische Modell entstand ähnlich; jedoch ging Tito schon drei Jahre nach einer Revolution dazu über, teilweise zu dezentralisieren und den Arbeiterselbstverwaltungen der Betriebe einen gewissen eigenverantwortlichen Spielraum zu gewähren.

Das heute noch mehr sozialdemokratische als sozialistische schwedische Modell, das von den marxistisch-leninistisch orientierten Sozialisten nicht als sozialistisch anerkannt wird, entwickelte sich durch ständige Aus-

weitung des „staatlichen Korridors“, das heißt durch stetige Erhöhung des Staatsanteils am Wirtschaftsprozeß. Die parlamentarisch-demokratische Rechtsordnung westlicher Prägung blieb erhalten. Vor allem deshalb sehen viele westliche (linke) Sozialdemokraten im schwedischen Modell eine reale Chance für den „dritten Weg“. Doch die Erhöhung des staatlichen Anteils am Wirtschaftsgeschehen zeigt schon jetzt erhebliche Schwächen, wie die Probleme der Rezession seit 1973 zeigen.

In Entwicklungsländern entstanden und entstehen sozialistische Modelle, die mit unterschiedlichem Tempo sowohl den einen wie den anderen Weg beschreiten bzw. beschritten.

Der Maoismus ging anfangs den sowjetischen Weg, entwickelte Ende der fünfziger Jahre eigene Formen und praktiziert heute die radikalste Form staatlicher Befehlswirtschaft.

Da (wie einleitend bemerkt) die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ die Negativrolle der bestehenden sozialistischen Systeme nicht leugnen können, berauschen sie sich an Wunschvorstellungen. Dabei tun sie so, als hätten zwei gescheiterte Versuche schon den Beweis der Realisierbarkeit des „demokratischen Sozialismus“ geliefert: Chile unter Allende und die Tschechoslowakei unter Dubcek. Wenn beide Versuche auch aus völlig unterschiedlichen Gründen gescheitert sind — in Chile durch einen vom Parlament beschlossenen nationalen Militärputsch, in der CSSR durch die militärische Intervention der Sowjetunion —, so lassen sich aus dem chilenischen Weg unter Allende doch Rückschlüsse auf Entwicklungen ziehen, vor denen die CSSR bei der praktischen Erprobung jenes Modells gestanden hätte, das Professor Ota Sik für die Dubcek-Administration entwickelt hatte.

Gewiß war in der CSSR die Gefahr noch nicht abzusehen, daß die Demokratie (wie in Chile und zeitweise in Portugal) in Anarchie umschlagen würde. Im Gegenteil: Gerade der tschechoslowakischen Bevölkerung muß ein hohes Maß an Disziplin bescheinigt werden. Doch die ökonomischen Begleitumstände der chilenischen und portugiesischen Revolution waren auch in der CSSR schon erkennbar.

In allen Fällen handelt es sich um Staaten, deren volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit unter dem Niveau der westlichen Industriestaaten liegt (die Gründe hierfür spielen in diesem Zusammenhang eine sekundäre Rolle). Trotzdem wurde (bzw. wird) versucht, kurzfristig den Lebensstandard westlichem Niveau anzugleichen. Dies hatte in Chile nach kurzer Zeit eine Inflationsrate von 1000 Prozent zur Folge. In Chile (ähnlich in Portugal und im Frühjahr 1968 in der CSSR) schnellten die Ausfallzeiten in der Produktion sprunghaft in die Höhe, weil die falsch verstandene Wirtschaftsdemokratie zu immer mehr und immer längeren Betriebsversammlungen führte. Dazu kam die Verlagerung der Investitionen auf den konsumtiven Bereich. Alles zusammen: Überproportionale Steigerung der Einkommen und des Konsums, Rückgang der produktiven Arbeitsstunden und der produktivitätssteigernden Investitionen sind für keine Volkswirtschaft verkraftbar.

Doch da die Theorien vom „demokratischen Sozialismus“ mehr Glaubensbekenntnis als exakte Wissenschaft sind, werden sie solange nicht verschwinden, wie der Mensch lebt — mit seiner Gesellschaft und allen ihren Schwächen, Irrtümern, Wünschen, Hoffnungen und Enttäuschungen. Wunschträume in der Politik aber sind gefährlich. Wir Deutschen sollten das wissen. Wer immer vom dritten Weg redet, der sollte den Hinweis von Franz Josef Strauß bedenken, „daß das Weltbild von Karl Marx, das zum Kommunistischen Manifest und zu seinem Gesamtwerk geführt hat, auf einer technischen Wirklichkeit beruhte, in der der Explo-motor nicht bekannt war, in der elektrische Energie und Magnetismus höchstens theoretisch bei den Physikern ahnungsweise bekannt waren, und in der es weder Luftfahrt noch Raumfahrt, elektronische Datenverarbeitung noch Kernenergie gab. Aus dieser Zeit stammt das Weltbild von Marx. Was würde man heute einem Ingenieur, einem Chefingenieur sagen, der eine moderne Parkstadt oder ein modernes Industriesystem aufbauen würde mit den technischen Erkenntnissen des Jahres 1830. Genauso absurd wie das wäre, verhalten sich diejenigen, die glauben, daß sie die geistigen und gesellschaftlichen Probleme im

letzten Viertel des 20. Jahrhunderts mit den Rezepten von 1830 lösen könnten...

In der Welt von heute sind Kapitalismus und Sozialismus reaktionär. Unter Kapitalismus verstehe ich ein schrankenloses Monopol des Eigentums und der Ausnutzung der Produktionsmittel, des persönlichen Besitzes ohne Rücksicht auf soziale Zusammenhänge und soziale Notwendigkeiten... Die Grundsätze der Subsidiarität und der Solidarität und des Gemeinwohls sind der Boden unserer gesellschaftlichen Auffassungen.“

In Anlehnung an diese Gedankengänge darf man sagen: Der dritte Weg ist der Weg der sozialen Marktwirtschaft, der Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, er ist der Weg der sozialen Demokratie. Es ist der Weg jener Gesellschaftsordnung, die sich bisher als einzig reformfähige erwiesen hat. Es ist der Weg der demokratischen Mitte, des modernen Konservativismus.

Literatur:

- K. C. Thalheim und H.-H. Höhmann (Hrsg.): „Wirtschaftsreformen in Osteuropa“. Verlag: Wissenschaft und Politik, Köln, 1968.
- H.-H. Höhmann (Hrsg.): „Die Wirtschaft Osteuropas zu Beginn der 70er Jahre“. Verlag: W. Kohlhammer, Stuttgart, 1972.
- H. Buck: „Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten“. Verlag: Verlagsanstalt Neue Presse, Coburg, 1969.
- Autorengruppe (Gleitze, Ludz, Merkel, Pleyer, Thalheim): „Die DDR nach 25 Jahren“. Verlag: Dunker & Humblot, Berlin, 1967.
- DIW: „DDR-Wirtschaft — Eine Bestandsaufnahme“, 1974. Verlag: Fischer Handbücher Nr. 6259.
- F. Schenk: „Das rote Wirtschaftswunder“. Verlag: Seewald Verlag, Stuttgart, 1969.
- G. Wagenlehner: „Staat oder Kommunismus“. Verlag: Seewald, Stuttgart, 1970.
- H. Weber: „Demokratischer Kommunismus?“. Verlag: J. H. W. Dietz, Hannover, 1969.
- W. Leonhard: „Die Dreispaltung des Marxismus“. Verlag: ECON, Düsseldorf, 1970.
- A. und G. Schwan: „Sozialdemokratie und Marxismus“. Verlag: Hoffmann & Campe, Hbg., 1974.
- O. K. Flechtheim: „Zeitgeschichte und Zukunftspolitik“. Verlag: Hoffmann & Campe, Hbg., 1974.
- O. K. Flechtheim: „Marx-Engels-Werke“, Band 1 bis 43. Verlag: Dietz, Ost-Berlin, 1964 bis 1973.
- E. Lemberg: „Reformation und Kommunismus“. Verlag: Klett, Stuttgart, 1967.
- O. Sik: „Der Dritte Weg“. Verlag: Hoffmann & Campe, Hbg., 1972.
- O. Sik: „Für eine Wirtschaft ohne Dogma“. Verlag: List, München, 1974.
- J. Starbatty: „Ota Siks Dritter Weg — Überwindung der säkularen Inflation?“ Verlag: Wirtschaftsdienst IV/1975.

herausgegeben vom Institut für demokratie- forschung würzburg

- 1 Lothar Bossle: Auf der Suche nach der Seele Europas
- 2 Johannes Binkowski: Tyrannel durch Sprache
- 3 Kardinal König - Erwin Iserloh: Die Freiheit der Kirche in einem christlichen Europa
- 4 Karl Steinbuch: Plädoyer für die Selbstständigkeit
- 5 Botho Kirsch: Die Unruhe im Ostblock
- 6 Helmut König: Eurokommunismus - Chance oder Gefahr?
- 7 Hans Graf Huyn: Menschenrechte und Selbstbestimmung
- 8 Hans Dieter Schoen: Von der Selbstzerstörung des Wohlfahrtsstaates
- 9 Kurt Aurin: Was heißt „Humanisierung der Schule“?
- 10 Franz Josef Strauß: Analyse der weltpolitischen Situation
- 11 Marian Heitger: Manipulative Tendenzen gegenwärtiger Pädagogik
- 12 Gerhard Funke: Verantwortung vor der Gesellschaft oder Verantwortung vor der Sache?
- 13 Hans Maier: Grundwerte in Staat und Erziehung
- 14 Klaus Motschmann: Oskar Brüsewitz: Sein Protest - Sein Tod - Seine Mahnung
- 15 Karl Jaspers: Vom europäischen Geist
- 16 Horst Nachtigall: Wieweit und wozu ist der Mensch erziehbar?
- 17 Gregor M. Manousakis: Hintergründe der antideutschen Welle im Ausland
- 18 Lee Kuan Yew: Wechselnde Machtverhältnisse
- 19 Heinrich Aigner: Europa - Schicksalsfrage unseres Jahrhunderts
- 20 Otto von Habsburg
- 21 Fritz Schenk: Demokratischer Sozialismus - die gefährliche Utopie
- 22 Konrad Löw: Menschenrechte und Haß-Ideologie
- 23 Friedrich Graf von Westphalen: Gründe und Hintergründe wachsender Staatsverdrossenheit
- 24 Hendrik van Bergh
- 25 Helmut Bärwald: Giftwort „Berufsverbote“ und Innere Sicherheit

verlag
johann wilhelm naumann